

Vorlage Stadtparlament

Datum	15. August 2017
Beschluss Nr.	743
Aktenplan	731.11 Zonenpläne (inkl. Schutzgebiete)

Zonenplanänderung Sömmerliwiese

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Zonenplanänderung Sömmerliwiese gemäss beiliegendem Planausschnitt wird zugestimmt.
2. Es wird festgestellt, dass der Beschluss nach Artikel 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum untersteht.

1 Ausgangslage

Die „Sömmerliwiese“ (Parzelle Nr. W1896) ist gemäss geltendem Zonenplan der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen zugewiesen. Der Stadtrat beabsichtigte, am nordöstlichen Rand der Sömmerliwiese einen Neubau für die familienergänzende Betreuung der Kinder aus den Quartieren Feldli, Schönenwegen und Lachen zu erstellen. Zu diesem Zweck hat das Hochbauamt der Stadt St.Gallen im Jahr 2015 einen anonymen Projektwettbewerb durchgeführt.

Als Reaktion auf dieses Bauvorhaben wurde am 21. Oktober 2015 die Zonenplaninitiative „Grünfläche erhalten – kein überdimensionierter Tageshort auf der Sömmerliwiese“ eingereicht. Die Initiative verlangt, dass die „Sömmerliwiese“ vollumfänglich der Grünzone A zugeteilt wird. Die „Sömmerliwiese“ soll als Spielwiese im Herzen des Quartiers in ihrer gesamten Grösse erhalten bleiben. Für die familienergänzende Betreuung sollen zwei separate Standorte in unmittelbarer Nähe der beiden Schulhäuser gesucht werden.

Der Stadtrat stellte nach der Kontrolle der Unterschriftenbogen durch das Einwohneramt und nach Ablauf der Rechtsmittelfrist fest, dass die Initiative mit Datum vom 28. November 2015 rechtsgültig zustande gekommen ist. Mit Vorlage vom 3. Mai 2016 hat der Stadtrat dem Stadtparlament fristgerecht den Bericht und die Anträge zum Inhalt des Initiativbegehrens unterbreitet. Der Stadtrat beantragte die Abweisung des Initiativbegehrens, unterbreitete dem Stadtparlament aber einen Gegenvorschlag. Dieser sah vor, dass die Sömmerliwiese zwar grundsätzlich der Grünzone A zugewiesen werden soll, ein Baulandanteil für den Neubau einer Tagesbetreuung von der Umzonung ausgeklammert wird. Das Stadtparlament ist an seiner Sitzung vom 13. September 2016 den Anträgen des Stadtrates gefolgt. Die Bürgerschaft hingegen hat an der Volksabstimmung vom 12. Februar 2017 das Initiativbegehren angenommen und den Gegenvorschlag abgelehnt.

2 Zusätzliches Auflageverfahren nach kantonalem Baugesetz

Trotz der Annahme des Initiativbegehrens am 12. Februar 2017, ist die vollständige Umzonung der „Sömmerliwiese“ damit noch nicht rechtsgültig beschlossen. Das kantonale Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht (sRS 731.1, BauG) sieht für eine Änderung des Zonenplans zwingend das öffentliche Auflageverfahren vor. Gemäss Art. 29 Abs. 1 BauG ist eine Zonenplanänderung während 30 Tagen öffentlich aufzulegen. Jedermann, der ein eigenes schutzwürdiges Interesse dartut, kann während der Auflagefrist Einsprache erheben (Art. 29bis BauG). Damit erhalten in erster Linie die unmittelbar angrenzenden Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer die Möglichkeit, ihre Bedenken gegen die Zonenplanänderung einzubringen. Das BauG hält zudem fest, dass die Anpassung des Zonenplans dem fakultativen Referendum untersteht, welches nach Abschluss des Einspracheverfahrens durchgeführt wird (Art. 30 BauG).

Am 14. März 2017 hat der Stadtrat die öffentliche Auflage der Zonenplanänderung Sömmerliwiese beschlossen. Diese sieht entsprechend dem Resultat der Volksabstimmung die Umzonung der gesamten Parzelle Nr. W1896 von der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen in die Grünzone A vor. Während der öffentlichen Auflagefrist (27. März 2017 bis 26. April 2017) sind keine Einsprachen gegen die Zonenplanänderung eingegangen. Damit kann das Stadtparlament als das in der Stadt St.Gallen für den Zonenplan zuständige Organ über die Zonenplanänderung Sömmerliwiese beschliessen. Vorbehalten bleibt das fakultative Referendum.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
- Zonenplanänderung Sömmerliwiese